

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 20 (1979)  
**Heft:** 12

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# 76 Prozent der DDR-Bürger leben in Städten

In der DDR wird nach Möglichkeiten gesucht, den Prozess der Verstädterung, der eine Folge der Industrialisierung ist, zu bremsen.

Nach neuesten Untersuchungen leben bereits 76 Prozent der DDR-Bevölkerung in Städten. Während die Gross- und Mittelstädte einen Bevölkerungszuwachs registrieren, schrumpft die Einwohnerzahl vor allem kleiner Gemeinden und Ansiedlungen rapide.

In den Jahren 1964 bis 1975 waren beispielsweise 80 Prozent des Bevölkerungszuwachses in den Gross- und Mittelstädten auf Wanderungsgewinne aus Gemeinden unter 10 000 Einwohnern zurückzuführen. Allein in den Jahren 1971 bis 1975 betrug die Abwanderung in 50 Kreisen der DDR mehr als 5 Prozent, wobei es sich vor allem um Bewohner kleiner Gemeinden handelt.

Aus diesem Grunde hat sich der Direktor des Instituts für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Heinz Lüdemann, gegen eine Umsiedlung der sogenannten Arbeitspendler, die ausserhalb der grossen Städte leben, ausgesprochen. In den Heimatgemeinden dieser Pendler (insgesamt arbeitet ein Drittel der berufstätigen Bevölkerung nicht am Wohnort) befänden sich beträchtliche materielle Fonds der Gesellschaft, so Einrichtungen des

Gesundheitswesens, der Volksbildung und des Handels. Es sei deshalb schon aus volkswirtschaftlichen Gründen «nicht sinnvoll», die Pendler aus den Dörfern abwandern zu lassen. Vielmehr sei die bestehende Siedlungsstruktur «zu festigen».

Dazu müssten sowohl die kulturellen und sozialen Bedingungen auf dem Land verbessert als auch die Beziehungen zwischen den Städten und ihrem Umland planmässig entwickelt werden. Der Experte plädierte in diesem Zusammenhang dafür, die Gemeinden verkehrsmässig besser an die Städte «anzubinden». Wo Gemeinden nicht an ein kulturelles Zentrum angeschlossen seien, wandere die Bevölkerung ab.

Für die Zukunft rechnet Prof. Lüdemann mit ähnlichen Siedlungsformen «wie die thüringische Städtereihe», zu der Erfurt, Weimar, Eisenach und Gotha gehören. Diese Gemeinden seien verkehrsmässig miteinander verflochten und arbeitsteilig miteinander verbunden. Man müsse sich überlegen, wie man ähnliche Achsen in Zukunft planmässig schaffen könne.

## Der Buchtip

**Honoré M. Catudal, Jr. «The Diplomacy of the Quadripartite Agreement on Berlin. A New Era in East-West Politics». Berlin-Verlag 1978, 335 Seiten.**

Dieses Werk von Catudal gibt einen ausgezeichneten Einblick nicht nur in die Geschichte und Problematik von Berlin als Viersektorenstadt inmitten der DDR, sondern auch in die diplomatische Verhandlungskunst und -technik und in die vielen Feinheiten und «Nebensächlichkeiten», die dabei von Bedeutung sind.

Das Buch ist von so hoher Qualität, dass es sowohl angehenden wie aktiven Diplomaten vieles zu bieten vermag; es ist aber auch für alle Zeitgenossen von Interesse, die politisch interessiert sind. Diesem — hoffentlich grossen — Leserkreis kommt zugute, dass Catudal in einem sehr klaren und unkomplizierten Amerikanisch schreibt, so dass es auch für Nichtangelsachsen leicht zu lesen ist. Es wäre ein wichtiger Beitrag zur westlichen Selbstbehauptung, wenn Catudals Berlin-Buch ins Deutsche übersetzt und «in beiden deutschen Staaten» sowie in Berlin weit verbreitet würde.

Das Werk ist historisch-logisch gegliedert. Einleitend legt Catudal die Schwierigkeiten dar, die bei solchen Vorhaben der Wahrheitsfindung ent-

gegenstehen, besonders, wenn nur eine Verhandlungsseite zur Mithilfe bereit ist. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten ist etwas Solides entstanden; der Chef der amerikanischen Delegation, Botschafter Kenneth Rush, bezeichnet in seinem Vorwort das Buch als «one of the truly valuable studies».

Im ersten Kapitel wird beschrieben, wie die «Mauer» am 13. August 1961 in den ersten Morgenstunden des letzten Feriensonnens tags entstanden ist, als kein westliches Entscheidungsgremium funktionsfähig war. Diese «Mauer», die die Flucht der Arbeiter aus dem Arbeiterparadies verunmöglichen sollte, machte aber nicht nur den politischen Bankrott des Ulbricht-Regimes in der DDR augenscheinlich, sie schuf paradoxerweise auch die Voraussetzung für dessen Konsolidierung. Die westlichen Besatzungsmächte, die sich dadurch nicht betroffen fühlten, verzichteten auf handfeste Reaktionen. Das gab Chruschtschow Anlass, das Berlin-Problem weiter hochzuspielen und auf die Spitze zu treiben, bis ihn der Bruch mit China nötigte, sich im Westen mit stabilen Verhältnissen den Rücken frei zu machen.

Mit einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollten die in Ostdeutschland — und 1968 in der CSSR — geschaffenen Verhältnisse festgeschrieben und international anerkannt werden. Das sowjetische Interesse an einer solchen Vereinbarung war so gross, dass man dafür auch das «Junktim» eines vorgängigen Berlin-Abkommens akzeptierte.

Die Schilderung der Vorarbeiten und des Verlaufs der eininhalb Jahre dauernden Verhandlungen nehmen etwa die Hälfte von Catudals Arbeit ein. Es waren Verhandlungen, bei denen keine der Verhandlungsseiten Positionen aufgab, aber auch keine ein Scheitern wollte. Unerwartete Ereignisse beeinflussten den Verlauf, nicht nur die Widersprüche um Brandts «Ostpolitik», sondern auch die Arbeiterrevolte in Danzig, die chinesische Einladung einer amerikanischen Ping-Pong-Mannschaft und anderes mehr. A truly valuable study!

MK

**Alois Riklin (Herausgeber): «Internationale Konventionen gegen die Folter», Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart 1979, 312 Seiten, Fr. 38.—.**

Unter diesem zwar kurzen, den Inhalt des Buches aber nicht genau treffenden Titel findet der Leser das Protokoll (samt den nötigen Unterlagen) einer Tagung, die mit einer Beteiligung von acht europäischen Ländern im Juni 1978 in St. Gallen stattgefunden hat. Zweck der Tagung war es, die verschiedenen Bemühungen um das Zustandekommen einer internationalen Konvention gegen die Folter zu koordinieren sowie sonstige Fortschritte auf diesem Gebiet zu erzielen.

Geht man von der Tatsache aus, dass bereits internationale Texte bestehen, die die Folter verbieten, so scheint eine neue Konvention, wenigstens vom formellen Gesichtspunkt aus, unnötig zu sein. Aber das Bestehende ist offensichtlich kein ausreichendes Mittel zur Verhinderung der Folter, und dies gibt den Entwürfen zu einer neuen Konvention und den Diskussionen darüber eine sehr wirklichkeitsbezogene Bedeutung.

Wer vom vorliegenden Buch die Darlegung eines abschliessenden Erfolgs erwartet, wie dies der Titel vermuten lässt, kommt nicht auf seine Rechnung; wohl aber derjenige, der sich dafür interessiert, welche Schwierigkeiten sich einem solchen Erfolg entgegenstellen und wie versucht wurde (und wird), diese auszuräumen. Dabei kommt immer wieder das Dilemma zum Vorschein, dem sich die Diskussionspartner — Vertreter sowohl von Behörden als auch von Institutionen wie Amnesty International und Rotes Kreuz, von den christlichen Kirchen wie auch Universitätsprofessoren und andere Persönlichkeiten — gegenübergestellt sahen: Soll man auf eine eher vage, möglichst universelle Konvention mit zwangsläufig kleiner Wirksamkeit hinarbeiten oder auf eine strenger gefasste, dafür aber weniger universelle Version?

Auch einen gewissen Pessimismus bekommt man zu spüren — von anderer Seite als Resignation bezeichnet — in der Frage, ob eine neue Konvention tatsächlich besser durchgesetzt werden könne als die heutigen Texte; denn sonst wäre es ja sinnlos. Um so grösser ist wohl das Verdienst einzuschätzen, das sich eine grosse Schar massgebender Leute dadurch erwirbt, dass sie sich um eine Sache bemühen, deren letzlicher Erfolg heute keineswegs sichergestellt ist; dies trotz den Fortschritten, die an der genannten Tagung erzielt wurden.

Das beste, wenn auch nicht einzige Mittel zum Erfolg ist wohl die Aufrüttelung der öffentlichen Meinung, und zu diesem Zweck ist dem vorliegenden Protokoll, dem eine Zusammenfassung in englischer und französischer Sprache beigelegt ist, eine möglichst grosse Leserschaft zu wünschen.

HK

**Ein Unternehmerpreis für Erhaltung und Weiterentwicklung der freiheitlichen Ordnung**

**Warum nicht?**

Den Unternehmern wird heimliche politische Manipulation so selbstverständlich zugemutet, dass viele von ihnen sich «daher» scheuen, von ihrem Recht auf offenes politisches Engagement Gebrauch zu machen. Aber das muss nicht sein, nicht einmal in der Schweiz. Das Beispiel einer ungescheuten Preisverleihung zeigt es.

Mitte Mai dieses Jahres wurde an der Hochschule St. Gallen erstmals der Max-Schmidhei-

Auch die Wahl der Preisträger — des Schweizer Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Hugo Sieber und des englischen Publizisten Robert Moss — zeigte, dass hier ein Industrieller sich nicht scheute, in die Aktualitätsdiskussion unserer politischen und wirtschaftlichen Weltordnung einzugreifen.

Selbst in der anglo-amerikanischen Publizistik — die zugegebenermassen Oeffentlichkeitsarbeit reichhaltiger unterstützt — werden Preise formal oft wegen der handwerklich guten Präsentation verliehen. In diesem Sinn reiht sich der Schmidheiny-Preis würdig in die Klasse eines Pulitzer-Preises, der ebenfalls wegen der positiven Brisanz der Wirkung, wegen der Substanz der Arbeit, verliehen wird und dessen Zweck es ist, den Mut zu demokratisch unabhängiger Berichterstattung zu fördern.

Es ist kein Zufall, dass der Stifter, der heute siebzigjährige Rheintaler Unternehmer Max Schmidheiny, als junger Mann ein gefährdetes Familienunternehmen durch eigene Leistung retten musste: er lernte dabei, dass Hilfe nur dem zuteil wird, der sich selbst hilft, und dass die Zelle der freien, demokratischen Gesellschaft

der einsatzwillige und mutige Einzelne ist. Auf die Dauer, sagte er einmal, hängen die Freiheit und das Schicksal einer auf Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber gegründeten Wirtschaftsordnung davon ab, ob der Unternehmer — und zwar er persönlich, als Bürger — die Herausforderung unserer Zeit annimmt, sich zu engagieren.

Die meisten Preise und Förderungsbeiträge in der Schweiz werden heute noch recht still, mit einer würdigen Zurückhaltung verliehen, die der Bescheidenheit der Mäzene wohl ansteht. Heute stellt sich jedoch die Frage, ob die Weltordnung, aus der diese Haltung stammt, nicht so gefährdet ist, dass ihre Verteidiger vermehrt auf die Barrikaden steigen sollten.

Dieser Meinung war auch der vor drei Jahren erschienene Clottu-Bericht, der ein Informationsmalaise diagnostizierte, weil man zuwenig über diese staatsbürgerlichen Anstrengungen weiss. Eine Dokumentation ist in Arbeit, um hier vermehrt über den Einsatz zu orientieren, den diejenigen leisten, denen es in der Schweiz gut geht. Der Schmidheiny-Preis ist auch in dieser Hinsicht von erfrischender Offenheit. *nd*

**4%**  
Anlagehefte

**3 1/4%**  
Postzahlungs-Einlagehefte

---

**COUPON** für Geschäftsbericht  
in verschlossenem Couvert

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

**CITY BANK**  
Talstrasse 58, 8021 Zürich  
Tel. 01/211 76 11

**Zum Tode eines osteuropäischen Demokraten mit besonderem Konzept**

**Künder und Opfer des «Dritten Weges»**

**I**n Ungarn starb fast unbemerkt ein Mann, dem ein tragischer Platz in der Geschichte der Ideen gebührt. Denn er war der eigentliche Vorkämpfer der Konzeption vom «Dritten Weg», die massgeblich zum Selbstverständnis des ungarischen Aufstandes 1956 gehörte. Die gleichzeitige Absage an Kommunismus und Kapitalismus durfte ihre Chance zur Bewährung nicht antreten. Und dabei ist es bis heute geblieben, und nicht nur in Ungarn.

Am 10. Mai starb mit 68 Jahren eine der tragischsten Figuren der Nachkriegsgeschichte Ungarns: Prof. Dr. Istvan Bibo, Rechtsphilosoph und Soziologe.

Das ganze Leben dieses äusserst talentierten Wissenschaftlers war mit der Politik verbunden. In den vierziger Jahren wirkte Bibo als «linker Intellektueller», Mitglied der für soziale Reformen kämpfenden calvinistischen Jugendgruppe. Nach dem Krieg übernahm er seinen Lehrstuhl an der Universität Szeged und war gleichzeitig Chefredaktor einer verbreiteten, kritischen soziologischen Zeitschrift («Valóság», Wahrheit), in der er sich für echte soziale und nicht sozialistische Reformen einsetzte. 1949 verlor er den Lehrstuhl wegen seiner kritischen Äusserungen, und seine Zeitschrift wurde eingestellt.

Es brauchte einige Zeit, bis Bibo als Bibliothekar der Budapester Universität eine Stelle finden konnte.

Während des Volksaufstandes 1956 wurde Bibo Mitglied der Revolutionsregierung, und nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes protestierte er als einziger Minister persönlich bei der sowjetischen Kommandantur gegen die erneute

Besetzung des Landes. Er nutzte die damals noch nicht genügend kontrollierte Lage aus und richtete im Radio den letzten Hilferuf an den Westen.

Die Antwort der von Moskau eingesetzten «Arbeiter-Bauern-Regierung» war eine Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus. Nach der allgemeinen Amnestie von 1963 konnte Bibo das Gefängnis verlassen und später eine Stelle in der Bibliothek des Statistischen Amtes antreten.

Bibo war in Ungarn der hauptsächliche Vertreter des «Dritten Weges»: weder Sozialismus-Kommunismus noch Kapitalismus. Er fasste seine Gedanken in einer weit verbreiteten Schrift zusammen: «Der Dritte Weg».

Die Ereignisse haben in der Zwischenzeit gezeigt, dass es in einem von Moskau besetzten Land keinen «Dritten Weg» geben kann.

Bibo kämpfte zuerst gegen die Nazi-Diktatur, dann gegen die kommunistische Diktatur. Er verlor den Kampf gegen beide und wurde Opfer eines ungangbaren Weges. Sein Name wird aber in Ungarn und in den demokratischen Kreisen Osteuropas auch dann noch leben, wenn dieses System zu einem traurigen Abschnitt der Vergangenheit geworden sein wird. *lr*

ny-Preis von 100 000 Franken verliehen, der im realitätsbezogenen helvetischen Kulturunterstützungswesen eine neue Perspektive öffnet.

Er wird einfach und weiträumig für «Bestrebungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung» verliehen, und die Jury hat die weitesten Auswahlmöglichkeiten.

Unterstützung kultureller und wissenschaftlicher Arbeit ist in der Schweiz nicht unbekannt. Doch scheinen Staat wie auch Privatwirtschaft und Stiftungen Werk- und Förderungsbeiträge vorzuziehen. Auch die paar namhaften Preise, die ein Werk an sich belohnen, sind entweder nicht jährlich — der grosse Schillerpreis kommt ungefähr einmal pro Jahrzehnt zur Verleihung — oder dann meist recht eng zweckgebunden.

Nicht nur die relativ hohe Dotierung und die jährliche Wiederholung, sondern gerade diese Offenheit der Beteiligung beschreiten im schweizerischen Mäzenatentum ziemlich neue Wege.

## Der Kommentar

### Dritte Welt für dritte Seite

Wir haben uns im ZeitBild (ausführlich in Nr. 1/1979) wiederholt mit der «Erklärung von Bern» befasst, die den Hang hat, aus ihrer Propaganda für Entwicklungshilfe mittels Spendengeldern eine Entwicklungshilfe für ihre politische Propaganda zu machen. Nun hat die «Schweizerische Handels-Zeitung» (vom 25.5.1979) einen konkreten Fall untersucht, von dem sie findet: «Erklärung von Bern ist eine Erklärung schuldig», nämlich über die «Zweckentfremdung eines grossen Teils der Aktionsgelder».

Zur Diskussion steht der Verkauf von Jute-Tragtaschen zugunsten der Bevölkerung von Bangladesch. Von den 2 Franken Verkaufspreis pro Tasche gingen auch 55 Rappen dorthin. Natürlich waren Transport- und Vertriebskosten usw. zu rechnen, aber darum geht es hier nicht. Sondern um den Profit, pardon: den Ueberschuss.

Die Aktion also, die mit Unterstützung kirchlicher Organisationen unter dem Namen «Jute statt Plastic» lief, hat laut «SHZ» einen Ueberschuss von Fr. 32 637.92 ergeben. Und davon sind mehr als die Hälfte, nämlich Fr. 17 637.92, an die «Aktion Finanzplatz Schweiz — Dritte Welt» gegangen, die ihrerseits der Unterstützung der SP-Bankeninitiative dient. Die Tragtaschenkäufer, die den Leuten in Bangladesh helfen wollten, haben also bei dieser Gelegenheit auch noch das subventioniert.

Weil das rechtlich scheint's keinen Betrug darstellt, ist der Käufer denn auch nicht betrogen, sondern bloss besch...ummelt. Wogegen ja der Kleinproduzent in Bangladesh sein Almosen dafür hat, dass er mit seiner Not die finanziellen Bedürfnisse innenpolitischer Aktionen in Helvetien unterstützen durfte. Bei den herrschenden Verhältnissen eine abgeseignete Sache. *mk/cb*

## FACETTEN zum Alltag drüben

### Romanze in Devisen-PS

Bekanntlich ist in den Ländern des realen Sozialismus die Möglichkeit zum ehrlichen Erwerb eines Automobils umgekehrt proportional zur weitverbreiteten Sehnsucht nach einem solchen. Das führt zu tragikomischen Verwicklungen, wie ein vor dem Bezirksgericht Bydgoszcz (Polen) durchgeführter Prozess zeigte.

Die Geschichte begann «ganz gewöhnlich». Ein junger Markus lernte eine junge Henriette kennen. Als er vernahm, dass ihre Familie von

Verwandten aus Amerika echte Dollars erhielt, entbrannte er in Liebe zu der devisenbringenden Dame. Er versprach ihr die Heirat, und er veranlasste sie, mit den Dollars ihrer Verwandten auf dem «internen Exportmarkt» einen polnischen Lizenz-Fiat zu kaufen, auf seinen Namen, da er ja den Fahrausweis habe.

Innert kurzer Zeit wurde die Ehe geschlossen und das Auto geliefert. Bald zeigte es sich, dass dieses besser lief als die Ehe. Und als die junge Frau einem Kind das Leben schenkte, verschwand der Ehemann mitsamt dem Auto. Nun wurde der junge Mann vor Gericht gezogen unter dem Vorwurf, nicht die Ehe, sondern nur das Auto gewollt zu haben.

So der Bericht in «Express Wieczorny», Warschau, 28. 5. 1979

\*\*\*

Der Chef der physiotherapeutischen Abteilung in einem Spital von Duschambe, Dr. Viktor Pawlow, ist als Schwindler entlarvt worden und kommt für drei Jahre ins Zuchthaus («Trud», Moskau, 14. 3. 1979). Er hatte sich illegal an seinen Patienten bereichert und konnte pro Behandlung bis zu 500 Rubel zusätzlich einstecken.

Aber wie?

Dr. Pawlow machte das so: Er schnitt aus einer japanischen Zeitschrift die Schriftzeichen aus und klebte sie auf Flaschen mit sowjetischen Vitampillen. Für das vermeintliche Importprodukt zahlten die Patienten einen anständigen bis unanständigen Mehrbetrag. Anstandslos.

Daraus lässt sich eine Lehre ziehen. Haben die Verantwortlichen nicht schon immer davor gewarnt, die Staatsbürger unkontrolliert an ausländische Zeitschriften heranzulassen? Da sieht man, wie recht sie haben.

(Ach, und übrigens: Im Westen weiss man doch, dass in der UdSSR die Medikamente gratis sind. Bloss in der Sowjetunion weiss man es noch nicht.)

### Gelbe Witze aus Moskau...

Man gibt dem Computer die Frage auf, welche Sprachen man den Kindern beibringen soll.

Antwort: Jenen, die ausreisen — Hebräisch. Und jenen, die bleiben — Chinesisch.

\*

Frage: Wie wird die internationale Lage im Jahre 2000 aussehen?

Antwort: Nichts Neues. An der finnisch-chinesischen Grenze ist alles ruhig.

\*

Frage: Wieviel wird 1990 der Wodka kosten?

Antwort: Fünf Yüan der Halbliter.

### ...und u. a. gelb-weise Witze aus Warschau

Aus Warschau wird mitgeteilt, dass wegen des Papstbesuches im ganzen Land kein weisser Stoff und keine Wedel zu kaufen sind. Alles hat die Sicherheitsverwaltung aufgekauft für die liturgische Ausstattung ihrer Mitarbeiter.

\*

In Polen gibt es jetzt zwei Sorten Wurst. Die päpstliche: Gott weiss, was die kostet! Und die Giereksche: weiss der Teufel, was da hineingestopft wurde!

\*

Ein Franzose, beunruhigt über den harten Winter und die gewaltigen Schneefälle in Polen, die im Frühling entsprechendes Schmelzwasser bringen müssen, telefoniert seinem Freund in Warschau und fragt:

«Wie steht es bei euch mit Ueberschwemmungen?»

«Woher denn?» wundert sich der Pole, «bei uns wird nichts übererfüllt.»

\*

Was ist eine Naturkatastrophe?

Minus zehn Grad Celsius plus Sozialismus...

\*

Was ist der Unterschied zwischen einer Leiche und dem Sozialismus?

Eine Leiche zersetzt sich bei minus fünf nicht.

(Aus der exilpolnischen Zeitschrift «Kultura», Paris, Nr. 4/79)

## In Kürze

Den Volksaufstand in Afghanistan bekämpft die sowjetische Kolonialmacht nicht nur mit Waffen, sondern auch mit «Geschenken an das afghanische Volk». In Kabul nämlich liess das ZK der KPdSU dem afghanischen Volk, vertreten durch den Planungsminister Alamjar, nicht weniger als 50 sowjetische Filme über die Geschichte der Revolutionen überreichen. Von der afghanischen Revolution war dabei übrigens auch die Rede, allerdings nur von jener, die 1978 stattgefunden habe. Die jetzige ist für Vorführungszwecke ungeeignet.

\*

Der Hilfsfonds für politische Gefangene in der UdSSR, den Solschenizyn gegründet hat, setzt seine Tätigkeit mit erhöhten Sammlungsergebnissen fort. Letztes Jahr sandte der Fonds 800 Pakete in Haftanstalten und gab 120 Verwandten Unterstützung für eine Fahrt zu einem Besuch von Gefangenen. Darüber hinaus leistete er Hilfe an über 200 Freigelassene und Verfolgte.

\*

In ZB Nr. 6/1979 hatten wir den polnischen Witz gebracht, laut dem Gierek dem Papst versicherte, die Andersdenkenden dürften ihre Ueberzeugung durchaus äussern, wollten es aber nicht: «Hierzulande will einfach niemand zugeben, dass er ein Atheist sei.»

Schön, das war ein Witz. Aber er könnte die Quintessenz einer ernsthaften wissenschaftlichen Untersuchung sein, die in der Hauptstadt des atheistisch geführten Staates erschienen ist («Argumenty», Warschau, 18. 5. 1979).

Der Mensch unterliege trotz («wegen» sagt die Autorin natürlich nicht) den gesetzlichen Bestimmungen immer einem Druck von aussen. Es könne eine «Gefährdung des Glaubens» geben, aber auch eine «Gefährdung des Nichtglaubens». Und: «Welche dieser Gefahren ist denn heute realistischer?»

# Zitiert...

**Dadurch, dass man alles in Begriffen von Machtverhältnissen, Gruppen- und Klassenkämpfen und im Freund-Feind-Schema ausdrückt, bereitet man den geeigneten Nährboden für soziale Schranken, für Verachtung, Hass und Terrorismus und deren heimliche oder offene Verteidigung.**

*Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1979*

Die rhetorische Frage der Einleitung wird dann mit Zahlen aus Meinungsumfragen doch noch «echt» beantwortet. 50,8 Prozent der Testpersonen gaben an, sie hätten (in bestimmten Etappen ihres Lebens wenigstens) die Religion «unter äusserem Einfluss» praktiziert, wogegen nur 7,7 Prozent erklärten, sie hätten unter dem Druck ihrer Umgebung auf das Praktizieren verzichtet.

Wer leidet materiell am meisten nach einer Ehescheidung? Die Frau, das Kind? Oder etwa der Mann, weil er Alimente zahlen muss? Nun, es ist der Mann. Aber nur dann, wenn er die Alimente zugute hat. Denn als Mann würde er sich beim Eintreiben der geschuldeten Unterstützung lächerlich fühlen und verzichtet lieber. Und die Frauen nützen das schamlos aus.

So die Zeitung «Uj szo» (Bratislava, 25. 3. 1979) in einem Bericht über Eheschliessungen und Scheidungen. Aber wenigstens befassen sich in der CSSR die Soziologen mit den Problemen dieser Emanzipation. Mit dem Problem der Emanzipation von Staatsbürgern befasst sich nach wie vor die Polizei.

Auf verblüffende «Auflagen» einer Samisdat-Zeitschrift lässt eine Meldung von «Possev» (Frankfurt, Nr. 5/1979) schliessen. Die Evangelischen Christen-Baptisten (EChB) in der UdSSR geben dort ihr «Bulletin des Rats der Verwandten der Gefangenen der EChB» heraus. Nun hat die Polizei in der Ukraine die Wohnung der baptistischen Brüder Tschesch durchsucht und hat dabei 15 000 Exemplare des «Bulletins» beschlagnahmt.

Die ausführliche Berichterstattung westlicher Medien über «einzelne Havariefälle» in Kernkraftwerken und über die Sicherheit dieser Anlagen hat die «Leipziger Volkszeitung» (18. 5. 1979) kritisiert. Zu der nach dem Unfall von Harrisburg auch in der DDR verstärkt gestellten Frage nach der Sicherheit von Kernkraftwerken erklärte das Parteiblatt, dass die Berichterstattung westlicher Medien, wie zuletzt bei der Havarie von Harrisburg deutlich geworden sei, «geringfügig unangenehme Folgen geradezu dramatisch» aufbauchten. Sie stellten sich in den Dienst einer Kampagne gegen die Kernenergie und beriefen sich dabei zu Unrecht auf den Umweltschutz. Es gebe keine Gefährdung

der Umwelt durch Kernenergie. Ueberdies belasteten Kohlekraftwerke die Umwelt weit höher. Hinter der «Kampagne gegen Kernkraftwerke» steht der SED-Zeitung zufolge «die Lobby imperialistischer Kohle- und Energiekonzerne».

In der UdSSR ist erstmals von offizieller Seite zugegeben worden, dass es zu Unfällen in Atomkraftwerken gekommen ist. Energieminister Neporoschnij berichtete einem amerikanischen Korrespondenten von einer Explosion in einem KKW und Austritt radioaktiver Strahlung in einem andern. Ueberdies sei es in mehreren Fällen zu Bränden gekommen.

Ein offizielles Tabu bleibt weiterhin die Katastrophe von 1958, als eine Explosion schlecht gelagerter nuklearer Abfälle alles Leben in einem Bezirk des Gebietes Swerdlowsk vernichtete. Gesperrte Zonen gibt es dort noch heute.

Die Warschauer Zeitung «Express Wieczorny» (28. 5. 1979) klagt über militärische Ladenhüter bei den Kinderspielsachen. Zwar gebe es da ein grosses Angebot, aber nicht das, was Eltern wie Kinder gerne hätten. Vorrätig und ungefragt seien kitschfarbene Plüschtiere, Soldaten und Waffen. Gefragt, aber nicht vorhanden seien dagegen Teddybären, «Puppen mit Schlafaugen» und mechanisches Spielzeug.

## Dialogisches aus Georgien

**Da sieht etwas ganz nach «ben trovato» aus, aber «è vero». Der vor kurzem aus der Sowjetunion emigrierte Publizist Sergej Dowlatow verbürgt sich für die Echtheit der folgenden Geschichte, die georgischen Humor am Werk zeigt.**

In Tiflis gab es ein Symposium zum Thema «Der Optimismus der Sowjetliteratur». Darüber verbreitete sich unter anderem und insbesondere der «Nowyj mir»-Chefredaktor Narowtschatow. Nach ihm trat ein Einheimischer ans Rednerpult, ein Georgier. Und dann ging es so weiter:

«Eine Frage an den Vorredner: War Byron jung?»

«Doch, ja, er starb als relativ junger Mann. Warum?»

«Noch eine Frage: Hat Byron gut ausgesehen?»  
«Sicher; er verfügte über ein angenehmes Aeusseres. Wieso denn?»

«Noch eine Frage: War Byron reich?»

«Nun, selbstverständlich, er war doch ein Lord. Aber sagen Sie, was soll das alles?»

«Also jetzt die letzte Frage: War Byron begabt?»

«Na, hören Sie! Byron war der grösste Dichter Englands. Nur verstehe ich wirklich nicht, worauf Sie hinauswollen...»

«Dann will ich es dir sagen, pass auf: Byron also war jung, schön, reich und begabt. Und er war ein Pessimist. Und du dagegen! Du bist alt, arm, hässlich und unbegabt. Und du bist ein Optimist!»

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

### ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch  
Telegramm Schweizost  
Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409  
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

### Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

### Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

### Abonnementspreise

Fr. 34.– jährlich (Ausland Fr./DM 37.–)  
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–  
(Ausland Fr./DM 23.–)  
Halbjahr Fr. 18.– (Ausland Fr./DM 20.–)  
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1,50)

### Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,  
Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller,  
Ian Tickle, Saulo Herrero,  
Dr. Chien-jen Chen,

### Korrespondenten

Dr. Oskar Angelus (Lund), Dr. Alphonse Max (Montevideo), Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis (Bern)

### Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques  
Redaktion Claude Rieser

### Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 6

### Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern  
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

### Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale Entwicklungen

### SOI-Informationsträger

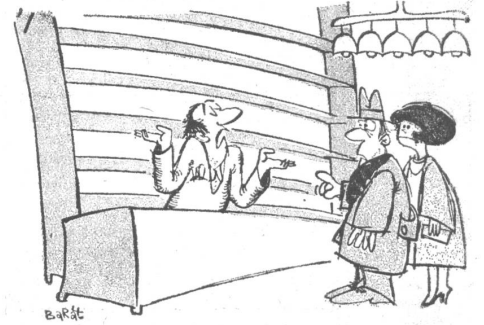
Etudes politiques (Monatszeitung)  
SOI-Bilanz  
(monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)  
Informationsdienst (Uebersicht über die Presse kommunistischer Staaten)  
Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung Osteuropas)  
Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse Schweiz)  
Swiss Press Review and News Report (Artikel für die Presse Asien und Afrika)  
Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)  
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (Artikel für die Presse Lateinamerika)  
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI  
Vortragsdienst  
Buchhandlung

Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und Meinungen)



Der Schulfreund ist auf Besuch, und die Mutter platzt herein:

«Ach so, dann bin ich ja beruhigt. Ich hatte schon Angst, dass ihr diesen abscheulichen Krimi in der TV anschaut.» (Nr. 1/79)



Auch eine Begründung: «Tut mir leid», sagt der Verkäufer, «das haben wir nicht bestellt. Wissen Sie, für dieses Produkt ist so eine grosse Reklame gemacht worden, und da ist es uns überhaupt nicht in den Sinn gekommen, dass einer das auch kaufen möchte.» (Nr. 9/79)

Geradezu Anlass zu einer gesellschaftsphilosophischen Betrachtung: Wie erreicht man die Nichtmanipulierbarkeit der Konsumenten durch Werbung? Dadurch, dass man die Propaganda volkseigen macht. Dann glaubt ihr ohnehin niemand mehr.

# Fernsicht zur Einsicht



## «Ludas Matyi», Budapest

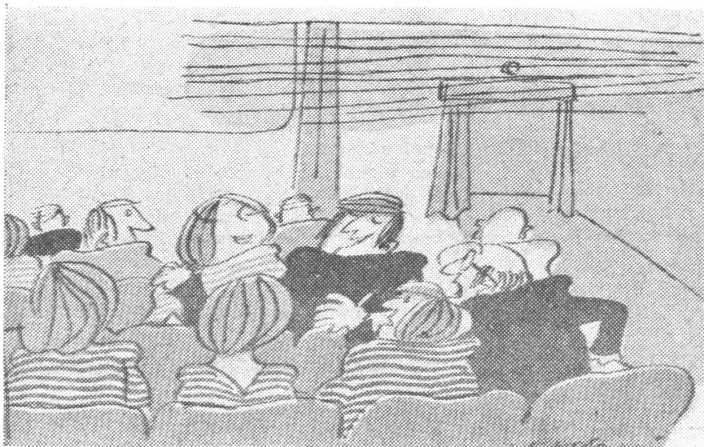
Berufswahl.

«Man hat noch nicht herausgefunden, zu was ich begabt bin. Da haben mich meine Leute einstweilen beim Fernsehen untergebracht.» (Nr. 7/79)



Vor dem Konferenzzimmer: «Warum zerbricht man sich eigentlich immer den Kopf über neue Anreizmittel? Das Geld ist doch schon längst erfunden.» (Nr. 11/79)

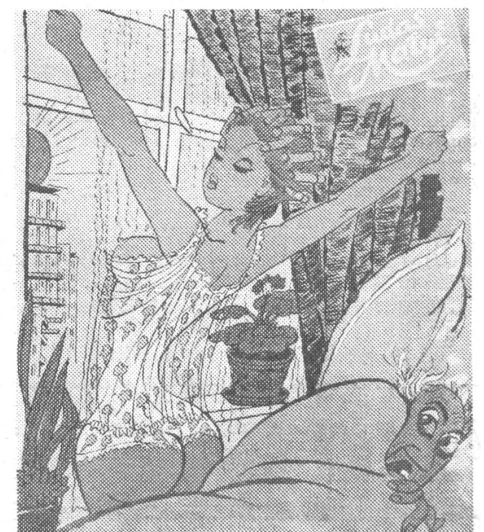
Eigentlich bemerkenswert, woher uns dieser Witz kommt, nicht?



Im Kino.

«Können Sie denn nicht warten, bis Sie zu Hause sind, um Ihre Meinung über den Film zu sagen.»

«Nein, geht nicht. Daheim schimpfen wir über das Fernsehen.» (Nr. 11/79)



«Bring doch die Zeitung herein, Liebling. Wir wollen doch sehen, mit wem wir denn heute solidarisch sind.» (Nr. 48/78)